

Danziger Zeitung.

No 8058.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbaggasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Kietzmeier und H. W. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hagenstein & Bogler; in Frankfurt a. M.: C. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Perpignan, 15. Aug. Von Marresa sind, nach Meldungen von der spanischen Grenze, Truppen zum Entzug von Verga abgezogen. Einer aus carlistischen Quellen stammenden Nachricht zufolge wäre die Stadt bereits in die Hände der Carlisten gefallen.

Petersburg, 15. Aug. Dem „Russischen Invaliden“ gehen weitere Nachrichten aus dem Khanate Khiva zu. Danach sind die Sanitätsverhältnisse der russischen Truppen günstig. Die eingeborene Bevölkerung verhält sich friedlich und ruhig und kommt den Russen mit Vertrauen entgegen, wie General Kaufmann bei seiner Reise nach Khant und Neu-Urgentisch selbst wahrgenommen hat. Die Haltung der nomadischen Turkmenen ist eine zurückhaltende. Der Khan von Khiva hat sich in die veränderte Lage gefügt, die früheren Rathgeber desselben, Rahamed Murad und Rahmed Ulla, sind nach Kasan in Haft gehalten worden. Die aus der Sklaverei befreiten Perser sollten über Kasanowost in ihre Heimath befördert werden und war der Transport der ersten aus 500 Köpfen bestehenden Abtheilung auf Anfang Juli a. St. festgesetzt.

Danzig, den 16. August.

Der Artikel der dieswöchentlichen „Provinzial-Correspondenz“, welcher sich mit der feudalen Opposition beschäftigt und dessen wesentlichen Inhalt wir vorgestern reproducirten, findet verdienstermaßen von liberaler Seite nicht die Anerkennung, auf welche der Schreiber derselben wohl gehofft hatte. So sagt die „Schl. Ztg.“ darüber: „Im Hinblick auf das sehr-herge überaus unpolitische und ungerechtfertigte Verhalten der officiellen Presse, sich nach links hin in kränkenden Angriffen zu ergehen, von feudaler und kirchlich orthodoxer Seite aber die maßlosesten Schmähungen der Geseßgebung und der Staatsregierung mit Stillschweigen hinzunehmen, kann in dem Artikel nur ein sehr bedauerliches Schicksal zum Besten erkannt werden. Nachdem die mit einer überaus maßvollen und patriotischen Kundgebung in den Wahlkampf eintretende Fortschrittspartei in der vorangehenden Nummer der „Fr. Corr.“ für die Ausgrenzung kleiner Bruchtheile am Rhein und in Berlin in ihrer Gesamtheit verantwortlich gemacht und im Stile der Conspiration geschmäht und verdächtigt worden ist, wird im vollen Gegensatz dazu die conservative Partei in ihrer Gesamtheit mit der ausgesuchtesten Rücksicht behandelt und mit Trostes- und Schmeichelworten überhäuft; der große Bruchtheil dieser Partei aber, der sich der Regierungspolitik in der feindlichsten Weise gegenüber gestellt hat — man gedenke nur des Herrenhauses — wird in kurzen Worten eben nur als Bruchtheil bezeichnet, der eigentlich gar nicht mehr zu den conservativen Elementen des Landes gehören soll. Wir halten eine conservative Partei, soweit sie nicht Ständesvorrechte, sondern das wahre Wohl des Vaterlandes vor Augen hat, für eine durchaus berechtigte, notwendige und achtungswerthe, aber wir bestreiten es durchaus, daß dieselbe den Anspruch erheben dürfe, der Regierung stets näher zu stehen, als jede andere von ächtem Staatsbewußtsein erfüllte Partei, wie dies die „Prov.-Corr.“ darzulegen sucht. Thatsächlich war in den letzten für Geseßgebung und Verwaltung so überaus fruchtbringenden Jahren gerade das Umgekehrte der Fall: „die Bundesgenossenschaft zwischen der Staatsleitung und der conservativen Partei“ hat sich keineswegs als „fest begründet“ erwiesen. Erst nach langen inneren Zudrängen hat sich ein Theil der conservativen Partei des Landtags, (der hier vorwiegend in Betracht kommt, da die „Prov.-Corr.“ doch nur für Preußen schreibt) von

dem oppositionellen alten Stamme getrennt, und auch dieser meist aus Landrathen und anderen abhängigen Persönlichkeiten bestehende Theil ist dann den Wegen der Regierung nur zaudernd und oft genug widerstrebend gefolgt. Der Reformprozeß innerhalb unserer conservativen Kreise muß ein ganz anderer, ein viel tiefergreifender werden, ehe die Partei wieder die Ansprüche erheben darf, zu denen die „Prov.-Corr.“ sie berechtigt erklärt. Thatsache ist, daß wir in den letzten Jahren nicht einen einzigen Schritt vorwärts gethan, daß wir weder ein Schulaufsichtsgesetz, noch eine Kreisordnung, noch ein Kirchengesetz zu Stande gebracht hätten, wäre die conservative Partei sowohl innerhalb der Regierungssphäre wie im Parlament die maßgebende gewesen.“

In der Provinz Schleswig-Holstein hat eine sogenannte schleswig-holsteinische Landespartei ein Schriftstück vorbereitet, welches freilich von Niemandem unterzeichnet ist, aber als eine Ansprache an die Landstände die Wahlen zum preussischen Landtage behandelt. Es sollen nur solche Männer gewählt werden, welche dafür sorgen, daß Schleswig-Holstein von Preußen getrennt und zu einem selbstständigen Staate umgewandelt werde, während der preussischen Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie die Interessen der Schleswig-Holsteiner auf das schwerste schädige. Der Regierungs-Präsident in Schleswig-Holstein, Geh. Rath Bitter, erklärt in seinem amtlichen Organe eine Erklärung gegen diese Manipulation, welcher man zugesichern muß, daß sie ziemlich geschickt abgefaßt ist. Es heißt darin: „Wir werden uns nicht in die Frage der Wahlen einmischen. Die Bevölkerung des Landes wird vielmehr von ihrem Wahlrecht vollen und freien Gebrauch machen, ohne daß dieses versucht werden wird, irgend einen Einfluß darauf auszuüben.“ Dagegen wird vor der Wahl solcher Männer gewarnt, welche, wenn sie gleich die Trennung gegen das Reich betonen, doch im Innern desselben Verspottung und Verhöhnung anbahnen, Ziele in Aussicht stellen, die nur im Wege der Revolution erreichbar sind, die neue erbitterte Kämpfe, neue Erregungen, unabsehbare Stürme hervorrufen, irgend welchen Erfolg aber nie erreichen können.“ Nach einer weiteren Ausführung dieser Gedanken heißt es dann: „Die sogenannte Landespartei verlangt die Trennung von Preußen, dem Schwerte Deutschlands, den Erblanden unseres Kaisers, um hier an den Marken des Reichs einen schwachen, in sich unfertigen und von vornherein lebensunfähigen Kleinstaat an dessen Stelle zu setzen. Worauf die Voraussetzung der Möglichkeit einer solchen Trennung, der Ausführbarkeit so vernünftiger und zugleich so thörichter Forderungen beruht, ist nicht gesagt worden. Wir hegen die Ueberzeugung und werden an unserm Theile dafür Sorge tragen, daß dieses schöne Land nicht von Neuem dem Haß der Leidenschaft und Zerrissenheit der Parteien verfallen, durch welche wiederum auf Jahre hinaus sein Friede getrübt, sein Wohlstand gestört werden wird.“ Schließlich hofft die Regierung auf die Mitwirkung der Bevölkerung bei ihrem Bestreben, den Geist des Friedens und des Vertrauens zu stärken. Wenn Wahlerlasse von Regierungsbehörden überhaupt etwas nützen könnten, so wäre die Erklärung des Regierungs-Präsidenten wohl dazu geeignet, dies zu bewirken. Wir glauben aber, daß dies nicht der Fall ist, daß der Präsident vielmehr der Sache der nationalen Partei Schleswig-Holsteins nur geschadet hat; denn indem er diese protegiren will, drückt er ihr den Stempel der Regierungsfremdschicklichkeit auf, was besonders in den neuen Provinzen immer für eine Art Verrath an den alten Traditionen gilt. Wenn unsere Regierungsbehörden doch erst so weit wären, sich nicht in alle möglichen Dinge einzumischen, selbst in solche, wo ihre Parteinahme der Sache,

welche sie unterstützen wollen, den größten Schaden zufügt. Auch die Selbstverwaltung in communalen und provinziellen Angelegenheiten kann erst dann feste Wurzeln fassen, wenn die Vielregiererei der Behörden ihr Ende nimmt.

Aus dem Kreise Kröben wird der „Schl. Pr.“ noch von einer zweiten Bauernversammlung gemeldet, welche einige Tage nach der Kröbener Versammlung ebenfalls unter dem Vorstehe des Wirthes Syllowitsch aus Garzin stattfand und an der sich einige 30 bäuerliche Wirths als Vertreter eben so vieler Dorfgemeinden betheiligten. Beide Bauernversammlungen hatten dieselbe Entstehungsquelle, denselben Zweck und dieselbe Tagesordnung und die Gostynier wurde nur abgehalten, um den bäuerlichen Gemeinden des umfangreichen Kreises die Betheiligung möglichst zu erleichtern. Die politischen Parteiblätter sind über diese aus der eigenen Initiative des Bauernstandes hervorgegangenen politischen Kundgebungen vollständig consternirt und erklären sich dieselben auf verschiedene Weise. Die liberalen Blätter geben sie der ultramontanen und die ultramontanen Blätter der liberalen Partei Schuld und beide wittern hinter der plötzlich hervorgetretenen Bauernbewegung noch eine geheime, von unsichtbarer (deutscher) Hand geleitete Agitation, in der sie die Haupttriebkraft derselben erblicken. Diese Erklärungsgründe können von Demjenigen, der die Verhältnisse näher kennt und unbefangenen Beurtheilung fähig ist, nicht erachtet werden. Die Hauptursache der Bauernbewegung ist vielmehr lebendig in der in den letzten Jahren von den politischen Bauern gewonnenen Einsicht zu suchen, daß sie durch die immer größere Dimensionen annehmenden und die fortwährend in Aufregung erhaltende polnisch-nationale und ultramontane Agitation materiell vollständig ruinirt werden und daß es daher zur Rettung ihrer Existenz eine Nothwendigkeit für sie ist, sich von den nationalen und ultramontanen Agitationen, die nichts für die Förderung der materiellen Interessen des Bauernstandes thun, loszumachen und die Verbesserung ihrer Lage selbstständig in die Hand zu nehmen. Der polnische Bauer, so sehr er auch von der herrschenden Agitation in geistiger Hinsicht gehalten wird, hat sich dennoch einen sehr practischen Verstand bewahrt.

Wie die „Frk. B.“ hört, soll außer der bereits eingeleiteten Klage gegen den Fuldaer Bischof wegen Uebertretung der §§ 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 11. Mai d. J. noch ein Strafverfahren gegen denselben wegen Anfeuerung zum Ungehorsam in Aussicht stehen, indem R. B. von der Regierung nicht anerkannten Pfarrer Hefrich in Dippert zur weiteren ungehörten Vornahme seiner Amtsfunktionen aufgefordert hat. — In Bayern ist zwischen dem ultramontan-demokratischen „Bayr. Vaterland“ Sigl's und der clerikalen Aristokratenpartei ein heftiger Kampf entbrannt, der immer mehr an Bitterkeit und Ernst zunimmt. Das „Vaterland“ macht sich auf einen Sturm „im größten Maßstabe“ gefaßt und charakterisirt die clerikale Aristokratenpartei als „Semmelmarantismus“. Dasselbe veröffentlicht folgendes: Sonntag erhielten wir folgende Zuschrift: „Herr Redacteur Sigl! dahier! Durch Geseßwärtiges theile ich Ihnen mit, daß ich die „Pfälzer Zeitung“ in die Lage versetzt habe, ihre Angabe, daß der Redacteur Sigl von Bismarck, resp. von Wehrenfennig bezahlt wurde u. zu beweisen. Es wäre wohl möglich, daß jener Dritte, in dessen Gegenwart Ihnen jene Summe, die für Verhinderung eines Ministeriums Cassirer Ihnen als Belohnung zugeht, ausbezahlt wurde, seines Amtes geheimnißvoll entbunden würde! Eberhard Graf Fugger-Blumenthal.“ Daran reiht Dr. Sigl die Aufforderung: „Gut denn, Eberhard Graf

Fugger-Blumenthal, Landtagsabgeordneter Deputierter à la suite und Mitglied des Hofraths, des Vereins deutscher Katholiken und des Comités für die General-Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands! Sie sagten es brieflich, daß Sie diesen Beweis liefern können. Sie werden diese gemeine Lüge oft genug mündlich geäußert haben: heraus denn mit dem Beweise! Wir stellen Ihnen dazu unser eigenes Blatt zur Verfügung, daß Sie innerhalb 8 Tagen diesen Beweis liefern. Wir fordern Sie dazu auf mit dem Bemerkung, daß nach Umlauf dieser Frist alle diejenigen Schritte gegen Sie geschahen werden, welche nöthig sind, diese infame Verleumdung, unwürdig eines Abgeordneten, eines gewissen Offiziers wie eines Adligen als solche öffentlich zu konstatiren und nach Verdienst zu züchtigen. Die Redaktion des „Bayrischen Vaterland.“ Dr. jur. Sigl.“

Es erheben sich immer mehr Stimmen, welche wissen wollen, daß hochstehende österreichische Kreise thätig gewesen sind, um die Fusion der beiden bourbonischen Linien zu Stande zu bringen. Graf Apponyi, der jetzige österreichische Gesandte in Paris, soll vor kurzer Zeit eine Reise nach Wien gemacht haben, um die Zusammenkunft zwischen dem Enkel Karls X. und dem Louis Philipp's zu ermöglichen. Man erinnert sich, daß der Leiter der österreichischen Politik, Graf Andrassy, zur Zeit seines Exils lange Jahre ein geschätzter Gast im Hause des legitimen Herzogs von Caraculcaul-Bisaccia gewesen ist, auch sonst mit französischen Legitimisten auf vertrautem Fuße gestanden hat; in den ultramontanen Organen Österreichs und Frankreichs wird derselbe seit einigen Tagen mit ausgesuchten Bärtlichkeiten bedacht. Die Wiener „Neue freie Pr.“ sagt: Es kann nicht gelugnet werden, daß von irgend welcher Seite in unserem Lande privatim an den Vorbereitungen für den Umsturz der französischen Republik und für die rettungslose Auslieferung Frankreichs an den Ultramontanismus und die Revanche-Bestrebungen mitgewirkt wurde. Auch nur die Duldung solcher Machinationen scheint uns ein verhängnisvoller Fehler. Wir sind weit davon entfernt, zu verlangen, daß Österreich sich bedingungslos und willenlos der Politik des deutschen Reichs, welches mit Recht in der monarchischen Restauration in Frankreich den Beginn der Jesuitenherrschaft und die Einleitung zum Vergeltungskriege sieht, einfüge und um Deutschlands willen auf gespanntem Fuße mit Frankreich lebe. Das hieße Alles auf eine Karte setzen; das wäre eine Politik, unwürdig einer Großmacht. Aber nur das republikanische Frankreich könnte den Weltfrieden unbedroht lassen. An der Monarchisterei und Versehrung Frankreichs mitarbeiten, heißt den Krieg beschleunigen — den Krieg wider dasselbe Deutschland, mit welchem in Frieden und Freundschaft zu leben die Grundlage unserer Politik ist.“

Deutschland.

△ Berlin, 15. August. Nach dem Stande der Arbeiten sowohl in dem Reichskanzleramt, als auch in den preussischen Ministerien zu urtheilen, scheint es die Absicht zu sein, die jetzige Ruhepause unserer Parlamente bis zum Anfang des künftigen Jahres anzudehnen. Freilich läßt sich nicht absehen, ob nicht anderweitige Dispositionen die jetzigen Ausfahrten durchkreuzen. Soviel steht jedenfalls fest, daß für eine etwaige Verhinderung des Reichstages augenblicklich nichts vorbereitet ist außer dem Militär-Gesetz, um dessentwillen allein man den Reichstag nicht berufen wird. — Ueber den Termin der Neuwahl für den preussischen Landtag verlautet nichts Bestimmtes; möglicher Weise werden die Wahlen erst nach Ablauf der Mandate der jetzigen Abgeordneten, also in der zweiten Hälfte

Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von Joseph P. Thompson, Dr. theol. et jur. aus New-York. Berlin 1873.

Die in der Ueberschrift mit ihrem vollständigen Titel bezeichnete Abhandlung ist ein werthvolles Geschenk, welches der Anglo-amerikanische Verfasser dem deutschen Volke gemacht hat. Dr. Thompson hat freilich das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland nicht in den Kreis seiner Besprechung gezogen, obwohl es uns sehr erwünscht gewesen wäre, auch darüber das Urtheil eines so scharfsichtigen und zugleich so wohlmeinenden Ausländers zu hören. Aber es würde, sagt er in dem Vorworte, einem Fremden abel anstehen, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes zu mischen. Dagegen könnten die Erfahrungen, welche die Vereinigten Staaten durch die Art und Weise, wie sie das Problem der Richtungsstellung jenes Verhältnisses zu lösen bemüht gewesen sind, sehr wohl geeignet sein, auch ein anderes Volk, das in der Lösung derselben Aufgabe, wenn auch unter etwas anderen Bedingungen, begriffen ist, auf die Ziele und auf die Wege hinzuweisen, auf welchen diese Ziele zu erreichen — er hätte nur hinzufügen sollen, auch solche auf denen sie nicht zu erreichen — sind. Durch seinen längeren Aufenthalt in Deutschland, zumal in Berlin, und durch den vielfachen Verkehr, in welchem er mit einer nicht geringen Zahl bedeutender und zum Theil sehr einflussreicher Persönlichkeiten gestanden hat, war er in die Lage gekommen, in seiner Darstellung vorzugsweise solche Punkte auszuwählen und hervorzuheben zu können, welche für deutsche Leser von ganz besonderem Interesse sind. Auch, wie aus seinem Vorworte hervorgeht, ist nicht nur die erste Anlage seiner Schrift auf den Wunsch „eines Kreises gelehrter,

gläubiger und patriotischer Deutscher“ entstanden, sondern es ist ein deutscher Staatsmann, dessen Name in Amerika nicht weniger hochgeehrt wird, als in Deutschland“ gewesen, auf dessen Veranlassung sie ihre gegenwärtige Gestalt erhalten hat. Im Auftrage dieses Staatsmannes sind ihm von verschiedenen höheren Beamten diejenigen Punkte bezeichnet worden, deren Erörterung für Deutschland ein besonderes Interesse haben. Seine Schrift schließlich in der Absicht redigirt, „um eine erschöpfende und vollständige, wenn auch gebrängte Darlegung der kirchlichen Geseze und Gewohnheitsrechte der Vereinigten Staaten zu liefern.“

Die Gebrängtheit dieser Darlegung gestattet naturgemäß keinen Auszug, aber sie macht ihn auch entbehrlich; denn Jeder, der sich für den Gegenstand interessiert (und welcher gebildete Deutsche sollte das heute zu Tage nicht?) vermag mit einem verhältnismäßig geringen Zeitaufwande und doch mit der erforderlichen Aufmerksamkeit von dem überaus wichtigen Inhalte der Thompson'schen Schrift und ihr selbst Kenntniß zu nehmen. Nur zur vorläufigen Orientirung bedarf es einiger einleitenden Worte.

Dr. Thompson gehört zu jener in den Vereinigten Staaten fast allein herrschenden, in Deutschland aber nur allzu schwach vertretenen Klasse von vorzugsweise sogenannten „gläubigen“ Protestanten, welche ernstlich und innig davon überzeugt sind, daß die Staats- und auch die durch Staatsgeseze oder Staatseinrichtungen nur bevorzugte Kirche zu der Heiligkeit der Religion und dem sittlichen Wesen des Staates in demselben grundsätzlichen und mehr oder weniger auch in demselben thatsächlichen Gegensatz steht, wie die Papstkirche. Nicht als ob die Anglo-

Amerikaner durch ein höheres Maß von Frömmigkeit oder Weisheit zu dieser Ueberzeugung gekommen wären. Sie hat sich ihnen vielmehr erst im Verlaufe einer nicht allzu kurzen Zeit durch die ganz besonderen und von den unsrigen himmelweit verschiedenen Verhältnisse aufgedrängt, unter denen ihr Staatswesen sich begründet und nach und nach entwickelt und befestigt hat. Die von Thompson erwähnten Thatsachen geben darüber hinlänglichen Aufschluß. Eben so hinlänglichen Aufschluß geben sie auch darüber, daß so fruchtbar, bis zu einem gewissen Stadium hin, die vorzugsweise amerikanische Doctrin der „Trennung von Kirche und Staat“ sich auch erwiesen hat, sie doch um ihrer Einseitigkeit, um nicht zu sagen Unreise, willen keinesweges ausgereicht hat, noch, wie entschieden es auch Thompson behauptet, ausreichen wird, um das wahre und beiden gleiches Heil bringende Verhältnis von Kirche und Staat wirklich herzustellen.

Man muß zugeben, daß der in der Verfassung und den Gesezen der Union aufgestellte, wenn auch in seinem ersten Theile und wie und da selbst in seinem zweiten Theile von den einzelnen Staaten nicht vollständig durchgeführte Grundsatz, daß die religiösen Genossenschaften nach eben denselben Gesezen behandelt werden sollen, wie jeder andere Verein, und daß der Staat nach dem religiösen Bekenntnisse seiner Bürger gar nicht zu fragen habe, man muß, sage ich, zugeben, daß dieser Grundsatz insbesondere auch die praktische Wirkung gehabt hat, einen sehr starken und weit verbreiteten kirchlichen Sinn unter den Amerikanern zu erhalten und auch wohl zu erwecken. In früherer Zeit hat, wenn gleich aus anderen Ursachen, dieser Sinn in demselben Umfange auch bei uns geherrscht; aber in Folge der immer widernatürlicher gewordenen Verquickung

unserer staatlichen und kirchlichen Einrichtungen und des Schwindes, den unsere Geseze bisher jeder Art von Pfaffenherrschaft gewährt haben, ist derselbe von Jahr zu Jahr immer mehr dahin geschwunden. In den gebildeten Klassen fällt oder steigt er so ziemlich in dem Maße, in welchem die Hoffnung auf eine freie und vernunftgemäße Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat ebenfalls fällt oder steigt. Indes ist es nur eine der vielen schlimmen Verheerungen unserer Orthodoxen, wenn sie das Sinken oder Steigen des kirchlichen Sinnes auch als den untrüglichen Maßstab gebrauchen, um an demselben zugleich das Sinken oder Steigen der religiösen Gesinnung zu messen. Unter Umständen kommt es sogar vor, daß die Höhe der Kirchlichkeit und die Höhe der Religiosität in geradezu umgekehrtem Verhältnisse zu einander stehen. Indes unterschätzen wir den Werth der amerikanischen Kirchlichkeit nicht, trotz mancher Auswüchse derselben, obgleich es auch in Amerika noch lange nicht dahin gekommen ist, daß die Kirchlichkeit überall als Förderin der Religiosität sich bewährt, und daß jeder religiöse Mensch in der Lage sich befindet, überall eine kirchliche Genossenschaft zu finden, die zugleich den unverfälschten Charakter einer religiösen Gemeinde an sich trägt. Ob aber solche kirchlichen Gemeinden, deren amtliche Vorsteher und deren geistige Führer die Religion nur als Dämonenmantel gebrauchen, um unter demselben die Zwecke ihrer socialen und politischen Herrschaft zu verfolgen, in Amerika mehr oder minder zahlreich sind als bei uns, das können wir natürlich nicht beurtheilen. Jedenfalls sind sie dort wie bei uns ein schwerer Schaden nicht bloß für ihre Mitglieder, sondern für die ganze Gesellschaft und den ganzen Staat. Das erkennt auch Thompson an. Und doch meint er, der Staat dürfe dessenungeachtet um die inneren Angelegenheiten der

des November stattfinden, doch haben sich andere Stimmen für eine frühere Auseraumung bereits erhoben. Eine Entscheidung ist vor dem Anfang des nächsten Monats nicht zu erwarten. — Wie aus national-liberalen Kreisen verlautet, wird der Abgeordnete Henning, der seit vielen Jahren den Wahlkreis Graubünden im Landtage und Reichstage vertreten hat, in Folge seiner angegriffenen Gesundheit, welche seine parlamentarische Thätigkeit schon während der letzten Sessionen unterbrochen hatte, schwerlich in der Lage sein, ein Mandat wieder anzunehmen. — Hier in Berlin ist im Großen und Ganzen eine Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten zu erwarten, im ersten Landtagswahlbezirk jedoch dürfte, und zwar mit Erfolg, ein national-liberaler Candidat aufgestellt werden. — Die Streikverfuche der Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer etc., dürften in diesem Jahre in Berlin als entschieden erfolglos angesehen werden. Die Arbeitslöhne dieser Handwerker können nach Lage der Dinge keine Steigerung erfahren. Deiläufig beträgt die Summe, welche an Maurer und Zimmerleute in Berlin an Arbeitslohn gezahlt wird, täglich gegen 13,000 Mk. Uebrigens sind augenblicklich namentlich bei größeren Bauten mehr als 600 italienische Maurer beschäftigt.

* Vor Kurzem hat in Marburg die Prüfungscommission, der die Kritik der Abiturienten und des über das mündliche Examen geführten Protokolls obliegt, treffend bemerkt, „es mache sich im Allgemeinen die Thatsache wahrnehmbar, daß auf allen Schulen wohl viel Theologie, und wenig Religion gelehrt und examiniert werde“. Es wäre überhaupt wünschenswerth, daß die Prüfung in der Religion beim Maturitätsexamen wegfiel. In Kurhessen war die Prüfung in diesem Gegenstand schon seit vielen Jahren in Wegfall gekommen. In den alten Provinzen ist diese Prüfung von dem Kaiserlichen Reactionsministerium eingeführt und hat sich während der folgenden Ministerien bis zu Fall, ebenso wie der mit dem höheren Schulwesen betraute Ministerialrath, zu erhalten gewußt. Man darf dabei nicht übersehen, daß wenn der Staat Menschen von 17—20 Jahren Religionsprüfungen unterwirft, er sich in offenkundigen Widerspruch mit der noch immer geltenden Bestimmung des Allg. Landrechts befindet, nach welcher Jedem, der das 14. Jahr überschritten hat, die Wahl der Religion freigegeben ist. Mit dieser Bestimmung steht also dann freilich auch in Widerspruch, daß, wie es auf unseren höheren Schulen geschieht, für die jungen Leute, welche das Confirmationalter bereits überschritten, noch die Theilnahme an dem Religionsunterricht obligatorisch ist.

Breslau, 15. August. Der 2. September soll, einem Beschlusse des Magistrats zufolge, auch hier als öffentlicher Festtag begangen werden. Für die Feier desselben ist Festgottesdienst in den Kirchen, die Abhaltung von besonderen Schulacten in den öffentlichen Schulen, die Ausschmückung und Beleuchtung der öffentlichen Gebäude und Denkmäler sowie Musik vom Rathhause aus in Aussicht genommen. Der Unterricht in den Schulen wird an diesem Tage ausgesetzt, alle städtischen Bureaus sind geschlossen.

Aus Mecklenburg schreibt man der „Schl. Br.“: Guter Vernehmen nach haben hervorragende Mitglieder der Ritter- und Landschaft Gelegenheit gefunden, sich in maßgebenden Kreisen über die Verfassungsvorlagen auf dem nächsten Landtage auszusprechen und zugleich den Wunsch laut werden zu lassen, daß die Vorlagen in veränderter Gestalt, wie sie insbesondere der Landschaft annehmbarer sein würde, herausgegeben werden möchten. Es ist ihnen aber bezeugt worden, daß solchen Wünschen nicht zu deferiren sei, sondern die Vorlagen wie vor einem Jahre wieder an den Landtag gebracht würden, und man die Zustimmung desselben namentlich erwarte.

Wien, 14. Aug. Die Reichsrathswahlen sind auf October festgesetzt, der Zusammentritt des ersten directen Reichsrathes auf den 5. November.

Krakau, 14. August. Laut eben eingetroffener Nachricht wurde die Stadt Czajkowitz gestern Nachmittag ein Raub der Flammen. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

Frankreich. Paris, 13. Aug. Wie bereits gemeldet, ist der Tag, an welchem der Proceß gegen Bazaine beginnen soll, noch nicht festgesetzt. Die Regierung hat nämlich die Absicht, denselben hinauszuschieben, bis die constitutionelle Frage gelöst ist, und es so zu verhindern, daß die Bonapartisten, die in der Kammer noch immer sehr großen Anhang haben, die Verhandlungen sowohl als das Urtheil dazu benutzen, um die Armee in Erregung zu versetzen. Der Proceß wird voraussichtlich 2½ Monat dauern. Der alleinige Vortrag des Anklageacts wird 18 Stunden, also vier bis fünf Sitzungen in Anspruch nehmen. Bazaine wird erst am Tage vor Eröffnung des Proceßes nach

Kirchengesellschaften sich nicht bekümmern; es genüge, wenn er nur die Kraft sich erhalte, um das Ansehen und die Macht der allgemeinen Staatsgewalt mit Hilfe des Civil- und Criminalproceßes überall zur Geltung zu bringen. Gelingen ihm das, so werde zugleich in Folge der fortschreitenden Bildung und Gesittung, gefördert namentlich durch Staats- und Communal Schulen, auch die Zahl der gebildeten und wahrhaft religiösen Geistlichen und Kirchenlehrer sich stetig vermehren und immer mehr Kirchengemeinden zu Städten edler Religiosität und Sittlichkeit und damit auch einer wahrhaft staatlichen Gesinnung zu machen.

Indes ist sein Vertrauen auf die Alles heilende Macht des Princips, welches er doch mit so großem Eifer vertheidigt, keineswegs so felsenfest, als er es sich selbst wohl glauben machen möchte. Dem Grundfasse der absoluten Trennung von Kirche und Staat widerspricht schon seine eigene, unbestreitbar richtige Ansicht, daß die Kirche, als die thätigste Erzieherin eines weit überwiegenden Theiles der ganzen Nation, es in ihrer Hand hat, durch den richtigen Gebrauch ihrer geistigen Macht unzählige Menschen zu guten, durch den falschen Gebrauch derselben unzählige zu schlechten Bürgern zu erziehen. Wie kann er da im vollen Ernste meinen, daß der Staat um die inneren Angelegenheiten der Kirche nur so weit sich zu bekümmern habe, als es darauf ankomme, es zu verhindern, daß die allgemeinen, auf jedem Gebiete geltenden Staatsgesetze auch auf kirchlichem Gebiete nicht durch äußere Handlungen verletzt und umgefloßen werden? Wie kann er meinen, daß dem Staate, und noch dazu dem demokratisch-republikanischen Staate, die Aufrechterhaltung dieser Gesetze selbst dann noch möglich sei, wenn sogar die Mehrzahl seiner Bürger, wäre es auch

Compagnie gebracht werden. In dem Anklageact wird Bazaine keineswegs als ein bössartiger Charakter dargestellt. Er wird darin als ein lebenslustiger, offener, immer fröhlicher Mann geschildert, der, ohne gerade ganz außerordentlich militärisch befähigt zu sein, sich immer als guter Offizier zeigte und es verstand, die Mannsjucht in seiner Truppe aufrecht zu erhalten, ohne dieselbe auf kleinliche Weise zu plagen.

14. Aug. Thiers ist heute Nachmittag nach der Schweiz abgereist. — Der Zustand von Melanot wird als sehr gefährlich bezeichnet. (W. L.)

Spanien. Madrid, 14. Aug. In der Cortesitzung wurde heute eine Vorlage angenommen, wonach 80,000 Mann Reserve einberufen werden sollen. — Der bei Fenarabia genommene englische Dampfer war mit 1700 Flinten besetzt; an Bord desselben befand sich der schottische Oberst Stewart, welcher von englischen Katholiken für die Carlisten gesammelte Gelder bei sich führte und mit Ueberbringung derselben beauftragt war. (W. L.)

England. London, 13. August. Nachdem in den nächsten Tagen der neue Wellenrecher in Solihay vom Prinzen von Wales feierlich eröffnet sein wird, bezieht sich die Canalflotte unter Contre-Admiral Hornby aus dem dortigen Hafen nach Lissabon und Gibraltar. Auch das neue gewaltige Panzerschiff „Devastation“ wird sich an dieser Fahrt betheiligen, und es ist einer der Hauptzwecke derselben, die Seetüchtigkeit der „Devastation“ während der Aquinoctialstürme einer gründlichen Probe zu unterziehen.

London, 15. Aug. Sir Garnet Wolseley ist zum Gouverneur und Commandirenden der Truppen in der afrikanischen Goldküste ernannt worden, die Expedition gegen die Hauptstadt der Aschantis soll von Capitän Glover geleitet werden, der sich entweder schon heute oder am nächsten Dienstage nach Afrika begibt. — Eine große Anzahl von Bonapartisten ist in Chislehurst eingetroffen, unter ihnen Rouher und der ehemalige Seinepräfect Hausmann. Heute Vormittag soll eine Messe abgehalten werden, heute Nachmittag eine Verathung der bonapartistischen Partei bei der Kaiserin Eugenie stattfinden. (R. B.)

Dänemark. Kopenhagen, 15. August. Der König hat heute die zur Strafarbeit verurtheilten Führer der Socialistenpartei Pio, Oleff und Briz aus das von ihnen eingereichte Begnadigungsgesuch abfällig beschieden. (W. L.)

Volkswirtschaftlicher Congress.

Wien, 13. August. Auf der Tagesordnung der 3. Sitzung befindet sich zunächst die „Frage der Wohnungsnoth in den größeren Städten“. Wir theilen die Resolutionen wieder in der amendierten Form mit, in der sie am Schlusse angenommen wurden: „Der Congress deutscher Volkswirthe erklärt: 1. Daß die Schaffung billiger und ausgiebiger Communicationen (Pferdebahnen, Locomotivbahnen, Dampfschiffe), welche die Mittelpunkte des geschäftlichen und geselligen Verkehrs mit den entlegeneren Stabilitäten und dem Rapon rings um das Stadtgebiet in rasche und bequeme Verbindung setzen, eine der wichtigsten Vorbedingungen einer Besserung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse sei, nach deren Realisirung 2. die systematische Anlage neuer Ansiedlungen mit Familienhäusern auf billigen Terrain in der Umgebung das geeignete Mittel zur Beschaffung ausreichender Wohnungen, sowie zur Verbilligung der Bevölkerung und Herabdrückung der Miethepreise in den alten Stadttheilen bieten wird; 3. daß Staat und Gemeinde zur Ermöglichung der unter Nr. 2 bezeichneten Bauweise jedwede thunliche Anordnung, Erleichterung und Förderung, zumal in Rücksicht auf Banpolizei, Hypotheken- und Gebührenecht, eintreten zu lassen berechtigt und verpflichtet sind; 4) und daß endlich die Steuer-gesetzgebung so zu regeln sei, daß sie der Baulust nicht hemmend entgegensteht.“ — Ref. Dr. Say (Wien) führt aus, daß der Hauptgrund der Wohnungsnoth in dem kaiserlichen Bauplan liege. Diese Behauptung Klinge zwar paradox, da man durch das Kaiserthum sowohl Ersparnisse an Grund und Boden als auch an Baufloßen erziele. Diese Vortheile seien jedoch nur scheinbar. Die Ersparnisse an Grund und Boden habe selbstsamweise die Vertheuerung desselben hervorgerufen, weil, je mehr der Grund ausgenutzt werde, um so höhere Preise von den Grundbesitzern gefordert werden. Der zweite Vortheil des Kaiserthums nämlich, die Baufloßen-Ersparnisse, wird durch entgegengesetzte Momente aufgehoben. Das Kaiserthum erfordert aus Gründen der Sicherheit eine bedeutende Massigkeit des Baues, und je höher man mit dem Bau kommt, um so theurer wird er. Das Einzelhaus-

nur in einem bedeutenderen Theile des Staatsgebietes, diese Gesetze aus kirchlichen Gründen nicht beobachtet und überhaupt nicht erhalten wissen wolle? Daß die Neigung zu kirchlicher Anlehnung gegen den Staat auch in den Vereinigten Staaten vorhanden ist, giebt Thompson zu. Er giebt sogar und zwar ohne Mißbilligung zu, daß in allen oder doch in fast allen Staaten der Union die wohl begründete Besorgnis vor dieser Neigung und vor den Bestrebungen der kirchlichen Oberen und Führer, ihre Macht über die Gemüther zur Beherrschung des Staates zu benutzen, solche Gesetze hervorgerufen hat, durch welche den kirchlichen Vereinen eine andere und zwar bei weitem ungünstigere Stellung gegeben wird, als den Vereinen anderer Art. Insbesondere wird, wie Dr. Thompson selbst berichtet, das Recht des Eigenthumsverwerthes bis auf ein geringes Maß ihnen entzogen,*) es wird verboten, mehrere über das Land verbreitete Gemeinden in eine einzige Corporation zu verschmelzen, und es kommt sogar in einigen Staaten vor, daß den Geistlichen und Religionslehrern das Recht entzogen ist, in die Volksvertretung oder zu einem öffentlichen Amte im Einzelstaate gewählt zu werden. In Dr. Thompson giebt zu, daß diese Gesetze nicht einmal die von ihm erwartete Wirkung haben, weil die Staatsgewalt in sehr vielen Fällen nicht stark genug und sogar ihre Organe nicht immer, selbst Gerichtshöfe nicht, Willens sind, dieselben aufrecht zu erhalten. Namentlich ist es die katholische Kirche, welche durch jene beschränkenden Gesetze in nicht

*) Aus den Zeitungen erfahren wir jetzt u. A., daß die Constitution des Staates Missouri alle „Geschenke, Verkäufe oder Landübertragungen an Geistliche, Lehrer oder Prediger irgend einer religiösen Secte oder Ordensgesellschaft verbietet.“

System dagegen gestattet eine billige Bauweise und die Anwendung von billigem künstlichem Material. Dazu kommt noch, daß bei dem Kaiserthum für die Unterbringung einer größeren Menge von Lebensmitteln u. s. w. nicht oder nur schlecht gesorgt ist. Die Bevölkerung ist daher auf den Kleinhandel und das Gasthaus angewiesen, was bedeutend theurer zu stehen kommt. Endlich weist Referent auf die colossalen Summen hin, die jährlich in den großen Städten für das Umziehen ausgegeben werden, die bei dem Einzelhaus-System entfallen. Bei dem Einzelhaus-System ist es dem Mittelstande und dem Arbeiter möglich, ein eigenes Haus zu besitzen, und es ist dann nicht mehr Anlage, sondern Gebrauchsgut. Dann ist eine Wahl zwischen Miethe und eigenem Hause möglich. Die Einführung des Cottage-Systems in den großen Städten würde zwar mit den bereits bestehenden hohen Grundpreisen zu kämpfen haben, deswegen müßte außerhalb des Rapons hinausgegriffen werden, wo der Grund noch billig ist, und dort systematische Colonisationen geschaffen werden. Dafür, daß die socialen Fäden zwischen diesen Colonien und dem Centrum der Stadt aufrechterhalten bleiben, ist in kleinen Städten durch Pferde- und in großen Städten durch Locomotiv-Bahnen zu sorgen. — V. Schüde polemisiert gegen die Eisenbahnen, welche nur das Interesse der Actionäre, nicht die Bedürfnisse des Publikums im Auge haben und daher auch nichts zur Abhilfe der Wohnungsnoth leisten. — Weniger hält das Cottage-System für einen Fortschritt, macht aber darauf aufmerksam, daß unser rauhes Klima (im Gegenfatz zu dem milden Englands) und der hohe Preis des Heizmaterials der Einführung der Familienhäuser Hindernisse bereiten. — Prof. Geiselt wendet sich gegen einen (später zurückgezogenen) Punkt der Resolution, in welchem gesagt ist, daß sich die Privat-Industrie unfähig erwiesen, die Wohnungsnoth zu beseitigen. Der erste Schritt zur Beseitigung der Wohnungsnoth sei gerade durch das Entstehen der zahlreichen Baugesellschaften geschehen. Die vollständige Beseitigung wird aber nicht dann eintreten, wenn die Baugesellschaften auf der höchsten Blüthe angelangt sein werden, sondern sie beginnt erst mit dem Ruine der Baugesellschaften, wenn die durch die Ueberproduction hervorgerufenen asmatischen Beschwerden bis zur Erschöpfung gediehen sein werden. Für den Actionär einer Baugesellschaft ist dies freilich bedauerlich, allein ein solcher muß sich's, wenn er sein Geld in solchen Actien anlegt mit der Hoffnung, es dadurch auf das Zwei- und Dreifache zu vermehren, auch gefallen lassen, wenn der erworbene Werth auf Null sinkt. Wenn die asmatischen Beschwerden immer heftiger auftreten, dann werden sich die Baugesellschaften gezwungen sehen, um ihr Capital nicht ganz todt liegen zu lassen, massenhaft zu bauen und dem Publikum massenhaft Wohnungen anzubieten. Dadurch wird eine Ueberproduction entstehen, das Angebot wird die Nachfrage übersteigen und die Wohnungsnoth wird mit einem Schlage zu bestehen aufgehört haben. So lange dieser Fall nicht eintritt, werden alle Ermahnungen über Abhilfe Theorie bleiben. Redner würde daher eine Resolution für geeignet halten, welche sage: „Das entscheidende Moment zur Beseitigung der Wohnungsnoth liegt in der Privat-Unternehmung.“ — Corref. Faucher hat zu einem ähnlichen Vorschlage, wie Geiselt, Neigung gehabt, er habe nur gefürchtet, daß ihm die Eisenacher Versammlung (der Rathesocialisten) dabei aus dem antiquierten Manchesterslandpunkte einen Vorwurf machen werde. Um so lieber sei es ihm, daß nun der Präsident jener Versammlung selbst einen solchen Antrag einbringe. Redner spricht sich für das Cottage-System aus, aber gegen den Vorschlag, den Boden künstlich dadurch zu entwerthen, daß man mehr als zwei Stockwerke baue; dies führe zu dem schrecklichsten Mißstand der Bewohnung der Keller. In Berlin wohnen 60,000 Menschen in Kellern. — Es werden darauf die oben angeführten Resolutionen angenommen.

In die ständige Deputation des Congresses deutscher Volkswirthe werden gewählt: Braun (Berlin), Dreher (Lübeck), v. Dorn (Erfurt), Eras (Breslau), Faucher (Berlin), Gensel (Leipzig), Rübe, Alex. Meyer (Berlin), J. Rietz (Danzig). (Fortf. folgt.)

Danzig, den 16. August.

* Nach Mittheilung des Herrn Provinzial-Steuer-Directors an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat der Herr Finanzminister in Folge einer bejähligten Vorstellung des Vorsteheramtes und auf Vorschlag des Herrn Provinzial-Steuer-Directors durch Rescript vom 6. August gestattet, daß, soweit der Mangel an Raum in den Salzspeichern dies erfordert, zu älteren Salzposten, auch wenn diese bereits angebrochen sind,

sich hat hindern lassen, zu einer Macht zu erwachsen, die in einzelnen Staaten, namentlich aber in New-York, in wichtigen Punkten sogar die Staatsgewalt selbst sich fähig gemacht hat. Jene Gesetze sind für sie nur eine eben Augenblick von ihr zu überschreitende Schranke. Ihr Vermögen ist gerade in Folge von Gesetzesumgehungen und offenen Gesetzesübertretungen so groß geworden, daß, während sie nur zu aller Kirchen in der Union zu den ihrigen zählt, sie doch, nach Thompson, 1/3 des gesamten Kirchenvermögens besitzt. Was aber viel mehr bedeutet, ist der Umstand, daß, wie unser Verfasser wörtlich sagt, die Trennung der Kirche vom Staate es ist, welche „den katholischen Clerus in absolute Abhängigkeit von Rom gebracht hat“; da die Unionsregierung sie ignorirt, „beugen sie sich so rückhaltlos den Befehlen des Papstes; daher (fährt er fort) stimmten die amerikanischen Prälaten für die Infallibilitätstheorie, und das bedeutendste intellectuelle Organ der katholischen Kirche in New-York stellt schon ungeschont die Autorität der Kirche über die des Staates, selbst in weltlichen Angelegenheiten. Um diese Autorität der Kirche zur Geltung zu bringen, rufen sie schon „die Macht der Abstammung“ an, „welche durch die Hand der Katholiken beherrscht wird“. — Wenn Dr. Thompson dessen ungeachtet meint, um mit diesen „unheilvollen Ränkeschmieden“ fertig zu werden, bedürfe es nur strenges Festhalten an dem amerikanischen Princip und strenge Durchführung der diesem Princip entsprechenden Gesetze, so müssen wir trotz allen Respectives vor seiner so viel besseren Befanntschaft mit amerikanischen Verhältnissen ihn doch auch an die Thatsache erinnern, daß die Zahl der Katholiken, welche 1830 erst 3 1/2 % der amerikanischen Bevölkerung ausmachte, im Jahre 1860 schon auf 13 %

neue Salzposten desselben Niederlegers unter der Bedingung hinzugesetzt werden, daß die älteren Bestände zuvor amtlich verworfen, die zusammengekauften Posten als eine Post behandelt und das dreimonatliche Freilager für den ganzen Inhalt des Raumes vom Tage der Einbringung der ersten Post an berechnet wird. Auch ist bestimmt worden, daß die Abschreibung der aus der Niederlage abgemeindeten Salzposten immer von der ältesten Post des betreffenden Lagerhauses zu geschehen hat.

* Die zahlreichen Petitionen um Abänderung des vorjährigen Regulativs über die für die Entladung der Eisenbahn-Güterwagen vorgeschriebene Frist, welche namentlich in zahlloser Menge Seiten der ländlichen Grundbesitzer eingegangen sind, haben, wie der „B. V. C.“ hört, den Beschluß des Handelsministeriums hervorgerufen, die Entladungsfrist bei den Staatsbahnen im nächsten Jahre zu verdoppeln. Das Handelsministerium geht dabei von der Ansicht aus, daß mit der durch die 120-Millionen-Anleihe ermöglichten Vermehrung der Betriebsmittel auch die Frist für die Entladung der Güterwagen, deren Beschränkung lediglich auf dem Mangel an Güterwagen basirte, entsprechend zu erwarten sei.

* Die hiesige Kgl. Regierung hat für ihren Verwaltungsbereich die Eröffnung der niederen Jagd auf den 24. August festgelegt.

* Cholera. Bis heute sind erkrankt 95 Personen (Zugang seit gestern 6); davon sind 58 gestorben, 10 genesen, 22 in Behandlung.

* Bis zum gestrigen Tage sind in Poppo 509 Familien mit 1657 Personen als Badegäste angekommen. Im vorigen Jahre betrug die Zahl der Badegäste um diese Zeit 1704, welche sich auf 489 Familien vertheilten.

* Der Regierungs-Inspector Burckard in Danzig ist zum Regierungs-Rath ernannt worden.

— Der hiesige Vorshuh-Verein hielt gestern Abend eine General-Versammlung ab, um den Geschäftsbericht pro II. Quartal 1873 entgegenzunehmen. Nach demselben hat sich der Reservefonds um 45 Mk. vermehrt und beträgt gegenwärtig 3736 Mk., das Mitglieder Guthaben wuchs um 387 Mk. und beträgt 44,486 Mk., gegen die gleiche Zeit v. J. wuchs das Vereinsguthaben um 7787 Mk. Die Wechselordnungen betrugen Ende Juni 162,000 Mk., gegen die gleiche Zeit v. J. mehr 43,667 Mk.; auf Lombardpand waren bis Ende Juni 27,000 Mk. (5000 Mk. mehr als v. J.) entliehen. Die Zinsen-Einnahme belief sich im ersten Halbjahr 1873 auf 8329 Mk., d. h. 1911 Mk. mehr als in der gleichen Zeit v. J. an Spareinlagen waren 5105 Mk. (gegen 4109 Mk. zur gleichen Zeit v. J.) niedergelegt. Die Mitgliederzahl hat sich bis auf 1339 vermehrt.

— Heute Abend beginnt die aus 15 Personen bestehende Italiener-Gesellschaft unter Direction von Chiesi, Mellon und Inguera, welche sich in der Gymnasial wie pantomimischen Darstellungen produciren wird, ein Gastspiel im Selenischen Stabliement.

Elbing, 15. August. In Sachen unseres Hafenbaues hat der Herr Handelsminister auf unsern neuerdings gestellten Anträge der hiesigen Kaufmannschaft abziehenden Bescheid ertheilt. Er will weder den ganzen Bau auf Staatskosten übernehmen, wie dies unsern Wissens hinsichtlich der Häfen von Pillau und Remele geschehen ist, noch auch die Rückzahlung der Moore den Wünschen der Kaufmannschaft gemäß abändern lassen. Endlich weist er auch die Zumuthung, daß der Wert Seitens des Staats und unter Leitung eines Bautechnikers auszuführen zu lassen, zurück. Das Einzige, wozu er sich verstehen will, ist die Erhöhung der Zusage von 100,000 Mk. Verhältniß der steigenden Materialien- und Lohnpreise, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Stadt den sie treffenden Antheil hieran ebenfalls übernimmt. Es ist, da die Flüssigmachung der Seitens der Stadt und Kaufmannschaft herzugebenden 94,000 Mk. mit Erreichung einer städtischen Anleihe zusammenhängt, und da bezüglich der letzteren Seitens der Stadtverordneten noch keine Beschlüsse gefaßt sind, die ganze Hafenbau-Angelegenheit wieder für dieses Jahr als verlag zu erachten. Die nothwendigste Baggerung des Fahrwassers wird genügen müssen, um den Seeverkehr wenigstens in der bisherigen Weise gangbar zu erhalten. Daß für unseren Hafen schließlich etwas Entscheidendes und Dauerndes geschehen muß, dafür legen die Schiffslisten des laufenden Jahres und der steigende Verkehr in unsern Großindustrie lebendiges Zeugnis ab. Die letztere kann die durch ihre entfernte östliche Lage und durch Mangel an durchweg tüchtig vorgebildeten Arbeitern entstehenden Schwierigkeiten nur dadurch überwinden, daß ihr jede mögliche Erleichterung für Heranschaffung der Rohprodukte zu Theil wird. Der vom Herrn Handelsminister unserer Stadt versprochene Besuch, welcher denselben vielleicht durch den Augenblick von der Gerechtigkeit und Dringlichkeit unserer Wünsche überzeugt hätte, hat leider bis jetzt noch nicht stattgefunden.

Von der frischen Nehrung. Am 13. d. M. fand gegen Abend vor zahlreich versammelten Bades-

herangewachsen war, daß es für jede 1100 dieser Katholiken schon damals einen Priester und für allesamt 72 Seminarien und 1400 exclusiv katholische, nur von Priestern geleitete Schulen und Hochschulen gab. Wüßte die Zahl der Katholiken noch weiter, wenn auch in einem schwächeren Verhältnisse, und bliebe sie in der Kirche und in ihren Confessions-schulen so wie bisher unter der ausschließlichen, noch dazu von keiner Staatsgewalt beaufsichtigten, Leitung der „rückhaltlos unter die Befehle des Papstes sich beugenden“ Erzbischöfe, Bischöfe und Priester: dann würde für Amerika sicherlich der Tag kommen, an welchem das Unmöglichste geworden wäre; als die naturgemäße Frucht der „Trennung von Kirche und Staat“ würde sich ihr gerades Gegentheil, würde die vollständige und offen anerkannte Beherrschung des Staates durch die katholische Kirche sich erwiesen haben. Doch dahin wird es nicht kommen; denn auch das amerikanische Volk wird, schon lange bevor das Aeußerste geschieht, es erkannt haben, daß gegen die kirchliche und die aus ihr hervorgehende gesellschaftliche und staatliche Verderbnis zwar nicht das einzig notwendige, wohl aber das schließlich allein zum Ziele führende Heilmittel in der Durchführung des Grundfasses liegt, daß der öffentliche (d. h. der nicht bloß im Schooße der Familie ertheilte) Unterricht in allen seinen Zweigen unter die Gesetze und die Aufsicht des Staates gestellt, und daß nicht bloß in der Schule, sondern auch in der Kirche zu lehren nur denen gestattet wird, welche den Staatsbehörden ihre wissenschaftliche und sittliche Befähigung nachgewiesen haben. H. Wättnar.

do. Zettelb.	4	105	7	Wechsel-Cours d. 15. Aug.		
Deutsche Genossf.	4	129	10½	Auswärten	10 Tg.	5 —
Deutsche Bank	4	91	8	do.	20 Tg.	5 —
Deutsche Unionb.	4	85	9½	London	3 Tg.	3½ —
Disch. Command.	4	228	27	Paris	10 Tg.	5 —
Gen.-Hof. Sch. u. r.	4	96	10	Wien	8 Tg.	5 90½
Inter. Handelsgef.	4	89	14	Petersburg	8 Tg.	6 89½
Königsb. H. V. B.	4	188	8	do.	8 Tg.	6 89½
Reining. Credit.	4	128	12	Warschau	8 Tg.	6 81 —
Norddeutsche Bank	4	150	13½	Bremen	8 Tg.	5½ —
Ost. Credit-Anst.	5	141	18½			
Rom. Ritterh.-B.	4	118	8½	<hr/> Sorten.		
Verkehrsb. Bank	4½	184	13½	Monid'v.		109½
do. Bodencr.-B.	4	89	15	Dukaten		6 21½
Pr. Gen.-Hof. G.	5	121	9½	Souvereign		5 10½
Preuß. Gld.-Anst.	4	58	24	Rapalsend'v.		5 15
Rhein. Dist.-B.	5	132	16	Imperial		1 11½
Prob. W.-B.	5	86	7	Dollars		99½
Schaffh. W.-B.	4	160	—	Neuende Münzen		90½
Schles. Bankverein	4	138	14	Preussische Bank		81
Schw. Mercantib.	4	80	7			
Westf. Quistorp	5	109	19			
Bankverein-Billage	5	66½	6			
Bank. Controlrate	5	71	5			
Bank. Wechselb.	5	249	24			

